

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Beträge oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Nebenblatt und Wochen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, 2. Juni 1892.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

B. L. Berlin, 1. Juni. Preussischer Landtag.

18. Plenarsitzung vom 1. Juni.
Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die
Sitzung um 1 Uhr.
Am Ministertische: Herrfurth, Frhr. von
Berlepsch, von Seyden.
Der Gegenstand der heutigen Sitzung ist die
Beratung der Vorlage des Gesetzes über die
Verordnung der Landgemeinden.
Es folgt die Beratung der Landgemein-
deordnung für Schleswig-Holstein.
Die Kommission beantragt unveränderte An-
nahme.

Graf Klinkowström erklärt, daß er
und ein Teil seiner Parteigenossen gegen die
Vorlage stimmen würden. Nach ihrer Ansicht
sei die Regierung, nachdem die allgemeine Lan-
dgemeindeordnung im vorigen Jahre auf erheb-
lichen Widerstand gestoßen, zu schnell mit ihrer
Ausdehnung auf eine der neueren Provinzen vor-
gegangen. Man hätte zunächst Erfahrungen
sammeln sollen.

Minister des Innern Herrfurth weist
darauf hin, daß die Landgemeindeordnung im
vorigen Jahre mit sehr großer Mehrheit in
beiden Häusern angenommen worden sei. Das
rechtserhebende ist vollkommen, daß die Regierung
in derselben Richtung weiter vorzugehen habe.
Die besonderen Verhältnisse Schleswig-Holsteins
seien dabei berücksichtigt worden, und der Pro-
vinziallandtag habe die Vorlage gebilligt. Auch
das Abgeordnetenhaus habe dem Entwurf mit
sehr großer Majorität zugestimmt. Er gebe sich
für die Hoffnung hin, auch das Herrenhaus werde
ihn annehmen.

Abg. Herrfurth Dr. Giese (Altona) be-
stätigt, daß der Provinziallandtag dem Gesetz zu-
gibt und anerkennt, daß die schleswig-
holsteinischen Verhältnisse darin nach Möglichkeit
berücksichtigt seien. Er beantragt deshalb die En-
twurfs-Annahme des Entwurfs.

Graf Brockdorff spricht sich gegen das
Gesetz aus.

Herr v. Schöning: Trotzdem meine
Freunde Gegner der Landgemeindeordnung waren,
wird dieselbe doch, nachdem sie Gesetz geworden,
auch von uns loyal gehandhabt. Ich glaube aber
zu wissen, daß in der Provinz Schleswig-Holstein
der Wunsch besteht, die Einführung der Lan-
dgemeindeordnung mindestens zu verzögern. Ich
beantrage namentliche Abstimmung über den Ent-
wurf, gegen den ich stimmen werde.

Minister Herrfurth: Wenn sich auch
hier ein Mitglied der Provinz Schleswig-Holstein
gegen das Gesetz ausgesprochen hat, so hat sich
doch die legitime Vertretung der Provinz fast ein-
stimmig dafür erklärt und ich bitte um Annahme
desselben.

Freiherr v. Mantauffel: Auf den In-
halt der Landgemeindeordnung will ich heute nicht
eingehen, die Frage ist nur, ob es angebracht ist,
das Gesetz schon jetzt auf andere Provinzen aus-
zudehnen. Ich meine, wir sind tatsächlich dazu
nicht in der Lage. Hätte man Schleswig-Holstein
gleich in den Geltungsbereich des Gesetzes ein-
bezogen, so hätte ich nichts dagegen gehabt.
Jetzt ist es wichtiger, die Wirkungen des Gesetzes
in den östlichen Provinzen erst abzuwarten. Da-
für bin ich dem Herrn Minister dankbar, daß er
auf das Votum des Provinziallandtages so großes
Gewicht legt. Ich erinnere mich, daß bei der
Provinzialordnung nicht solche Rücksicht auf die
Wünsche der einzelnen Provinzen genommen wor-
den ist und freue mich, daß diese Anschauung jetzt
entwikkelt zu sein scheint.

Minister Herrfurth: Wie Sie aus den
Motiven ersahen haben werden, bestand von vorn-
herein die Absicht, die Landgemeindeordnung auf
Schleswig-Holstein auszuweiten; wäre dies gleich
im vorigen Jahre geschehen, so hätte das Gesetz
einen zu großen Umfang gewonnen und die ganz
verschiedenartigen Bestimmungen hätten sich nicht
zusammenfügen lassen. Was die Rücksicht auf
den Provinziallandtag betrifft, so kann sich die
Regierung selbstredend nicht abstellen abhängig
von dessen Votum machen, denn die beiden Häu-
ser des Landtages sind die maßgebenden ge-
setzgebenden Faktoren, sondern dieses Votum wird
nur als das Gutachten einer vorzugsweise gut
unterrichteten Körperschaft angesehen, welches so
weit allerdings maßgebend ist, als es sich um die
Frage handelt, was die Provinz wünscht.

Überbürgermeister Struckmann: Wir
sollten der Regierung dankbar sein, daß sie nicht
alle Provinzen über einen Kamm geschoren hat,
sondern die provinziellen Eigentümlichkeiten durch
besondere Vorlagen wahrte.

Frhr. v. Maltzahn erklärt auf Grund des
Votums des Provinziallandtages für die Vorlage
stimmen zu wollen.

Überbürgermeister Zweigert (Essen):
Meine Freunde und ich sind einmütig über-
zeugt über die Gegnerschaft, die die Vorlage erst
in diesem Augenblick findet, und wir haben dabei
gewissermaßen das Gefühl der Ueberrumpelung
(Unruhe rechts), ich beantrage daher die wieder-
holte Schlussberatung.

Frhr. v. Mantauffel: Wenn der Herr
Borredner von einer Ueberrumpelung spricht, so hat
er dafür auch nicht den Schimmer eines Be-
weises beigebracht. (Beifall rechts.)

Präsident Herzog v. Ratibor: Auch ich
kann in dem Widerspruch gegen das Gesetz keine
Ueberrumpelung sehen.
Der Antrag auf wiederholte Schlussberatung
erhält die genügende Unterstützung. Diese Ver-
barung soll nach Pfingsten stattfinden. Gleichwohl
tritt das Haus in die namentliche Abstimmung
über das Gesetz ein.

Der Entwurf wird mit 37 gegen 33 Stim-
men angenommen.

Der Nachtragssatz für die oberdeutsche
Wasserregulierung wird auf den Antrag des
Freiherrn von Mantauffel von der Tagesor-
dnung abgesetzt und der Budgetkommission über-
wiesen.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Der Präsident theilt mit, daß die nächste
Sitzung etwa Mitte dieses Monats, etwa am
14. Juni, stattfinden soll.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. Wie den Stadter-
meinden im Allgemeinen Vorrecht in Bezug auf

die Kontrahierung von Schulden angethan ist,
so wird bei der Prüfung von Anträgen auf
staatliche Genehmigung städtischer Anleihen in
neuerer Zeit auch planmäßig darauf geachtet, daß
durch die Verzinsung und Amortisation solcher
Anleihen die Steuerkraft der Einwohner nicht
über die Gebühr und Nothwendigkeit belastet
wird. Dies gilt insbesondere für die Prüfung
von Anleihen, welche für kommunale Unter-
nehmungen gemeinwirtschaftlicher Natur die Mittel
liefern sollen. Handelt es sich dabei um Unter-
nehmungen, welche, wie Gasanstalten, Schlachthö-
fen, Markthallen u. s. w., in erster Linie für
einen bestimmten Kreis von Bürgern werthvolle
Vortheile in Aussicht stellen, so wird in einem
auch die Verzinsung und Tilgung des Anlage-
kapitals sichernden Entgelt die notwendige Ge-
genleistung zu gewähren sein, während bei kom-
munalen Einrichtungen, welche, wie Wasserleitung
und Kanalisation, in erster Linie den Hausbesitzern
zu Gute kommen, in Form von Gebühren eine
den besonderen Interessen derselben entsprechende
Gegenleistung zu erfordern ist.

Vor der ministeriellen Genehmigung von
städtischen Anleihen dieser Art erhebt sich die
Frage, ob die vorstehend erwähnten Voraussetzungen
seitens der städtischen Kollegien in rechtsverbind-
licher Form sicher gestellt sind. Es ist daher
unlängst der Antrag einer größeren städtischen
Stadt auf Genehmigung einer Anleihe in erheb-
lichem Betrage zur Durchführung einer im
Uebrigen sehr empfehlenswerthen Kanalisation
und Wasserversorgung beantragt worden, weil
die ganzen Kosten der Anlage, Verzinsung und
Amortisation, ohne Heranziehung der Haupt-
interessenten zu Voranschlägen, von der ge-
samten Bürgererschaft im Wege der ordentlichen
Gemeindebeschlüsse aufgebracht werden sollten. Erst
wenn eine der Gerechtigkeit entsprechende Ver-
theilung der Lasten sichergestellt sein wird, kann die
staatliche Genehmigung zur Anleihe in Aus-
sicht gestellt werden.

Da der Fürst von Reuß j. L. gewünscht
hat, daß am Tage seines 25jährigen Regierung-
subiläums kostspielige Feierlichkeiten unterbleiben
mögen, und doch andererseits auch der Wunsch
gehegt wird, diesen für unser Land so wichtigen
Tag (12. Juni) nicht unbeachtet vorbeiziehen zu
lassen, so ist von dem oberdeutschen Bezirks-
ausschuß die Anregung zu einer Sammlung ge-
geben worden. Deren Betrag soll am Subi-
läumstage dem Fürsten übergeben werden mit
dem Wunsche, die Zinsen der daraus zu bilden-
den Stiftung zu einem wohltätigen oder ge-
meinnützigen Zwecke zu verwenden. Es sind
deshalb an die Bürgermeister der oberdeutschen
Gemeinden bezügliche Auforderungen ergangen.

In dem Jahre für das abgelaufene Jahr
erstatteten Bericht des Londoner Münzamt
finden sich nicht uninteressante Mittheilungen über
Experimente bezugs Erzielung neuer brauchbarer
Legierungen des Mischgoldes. Im Allgemeinen
bestätigt das Ergebnis dieser Versuche, was man
schon aus früheren Experimenten erkannt hatte,
daß nämlich ein Feinheitsgrad des edlen Metalles
von 900 um ein wenigweniger bauerhafter ist, als das
gefehlte Mischverhältnis von 916,6 Feingehalt,
daß aber durch dessen Einführung die gefehte
Umlaufzeit der englischen Goldmünze, welche bis
zur Erhebung des Gewichts auf sein zutreffend
geringstes Minimum, die das Einziehen der be-
treffenden Stücke zur Folge hat, durchschnittlich
19,58 Jahre beträgt, nur um 10,7 Tage verlän-
gert werden würde. Das Experimentieren mit
neuen Goldlegierungen ist auch einen bemerkens-
werthen Einfluß auf andere Zweige der meta-
llurgischen Industrie, insbesondere hat die auf-
fallende Gleichartigkeit der Einwirkung gewisser Ver-
mischungen aus Gold und Eisen zu Experimenten
bei der Woolwider-Gewinnungsgeheimheit geführt,
welche noch nicht abgeschlossen sind. Die Legierung
des Goldes mit Aluminium ergab ein Produkt von tief-
purpurner Färbung und mehreren interessanten
physikalischen Besonderheiten, doch scheint diese
Legierung für den praktischen Gebrauch zu probe-
so, bedeutsam sie vom wissenschaftlichen Stand-
punkt aus sich darstellt.

Eine öffentliche Kellnerversammlung fand
in der Nacht zu heute in den Germania-Sälen
in der SchaafstraÙe statt, um über die Schritte
zur Herbeiführung eines gefehten Ruhetages
für die Angehörigen im Gastwirthgewerbe zu be-
rathen. Die von den Vorstehern der verschie-
denen hiesigen Gastwirthschafts-Vereinigungen
einberufene Versammlung zählte ungefähr 800
Theilnehmer. Nach einer kurzen Debatte be-
schloß die Versammlung einstimmig nachstehende
Resolution:

„Die heute im Germania-Saal von etwa 800
Personen besuchte Versammlung der Kellner, Köche
und Verpflegungsbediensteten erklärt sich mit den Ausfüh-
rungen des Referenten einverstanden und beschloß,
mit allen gefehten Mitteln dahin zu wirken,
daß, in Erwägung der langen und überaus
anstrengenden Dienstzeit, welche sämtlichen An-
gestellten des gastwirthschaftlichen Gewerbes aufer-
legt ist; in fernerer Erwägung, daß die Ver-
hältnisse es nicht gestatten, diesen in Anbetracht
der Nothwendigkeit des ununterbrochenen Ver-
betriebes derselben, eine gleich den übrigen Arbeitern
und beschränkte Sonntagsruhe zu gewährleisten; in
schlehter Erwägung, daß Krankheit, Siedehium
und Sterblichkeit unter den Angestellten des
gastwirthschaftlichen Gewerbes eine ganz beben-
liche Höhe erreicht hat, der seiner Zeit vom
Minister von Berlepsch in Aussicht gestellte Ein-
wirkung eines Spezialgesetzes für das Gastwirths-
gewerbe baldmöglichst eingebracht werde, in dem
für jeden Angestellten ein regelmäßig wöchentlich
wiederkehrender Ruhetag von 36 Stunden ge-
währleistet wird, von welchem jeder zweite auf
einen Sonntag zu fallen hat. — Des Weiteren
fordert die Versammlung den Bundesrath auf,
von seinem ihm nach § 120 III zutreffenden
Rechte in Bezug auf das Gastwirthsgewerbe
(Bestimmung des Beginns, der Pausen und der
Beendigung der Arbeitszeit) so lange Gebrauch
zu machen, bis ein solches Gesetz in Kraft ge-
treten.“

Die Wahl der Deputation, welche dem
Handelsminister diese Resolution überbringen
und über die Lage der Gastwirthschaftlichen infor-
miren soll, wurde den Vorstehern der einzelnen
Vereine bezw. dem geschäftsführenden Aus-
schusse derselben überlassen.

Dem Vernehmen nach wird die Börsen-
Enquete-Kommission, welche ihre Beratungen
bis zum 13. Juni ausgesetzt hat, dieselben von
da ab bis zum 5. Juli dauern lassen. Danach
tritt die große Ferienpause ein und nach derselben

sollen die Arbeiten wieder aufgenommen und zu
Ende geführt werden, was man bis Weihnachten
zu erzielen hofft. Bis jetzt sind nur Sachver-
ständige der Fondsbörse vernommen. Es ist auch
wahrscheinlich, daß diejenigen der Produktbörse
erst nach den großen Ferien gehört werden sollen.

In Folge der Erörterungen mit den bishe-
rigen Sachverständigen hat sich bekanntlich die
Nothwendigkeit herausgestellt, Ermittlungen über
die Börsen, beziehentlich durch Mitglieder
derselben geschädigte Personen anzustellen und
auch darüber authentische Befunde zu beschaffen.
Da einzelne Häuser entweder schriftlich oder sogar
durch Reisende und Agenten Leute zum Spielen
an der Börse veranlaßten, deren Stand und Ge-
werbe sie von derartigen Geschäften fernhalten
sollten. Unter der Voraussetzung, daß, was auf
der Fondsbörse geschehen, gewiß auch auf dem
Produktbörse stattgefunden, hat der Vor-
sitzende des Verbandes deutscher Müller, J. J.
van den Wngaert, welcher Mitglied der Enquete-
Kommission ist, an alle Verbandsmitglieder die
Aufforderung gerichtet, daß solche Thatsachen,
welche bezeugen und beweisen, wozüglich mit der
Nennung der Namen, zu seiner Kenntniß gebracht
werden, damit da eine Remede geschaffen wer-
den kann, wo sie sich als unbedingt nothwendig
herausstellen sollte. Ebenso wünscht der Ver-
bandsvorsitzende, daß auch andere, das Müllerei-
gewerbe noch direkter bedrohende Uebelstände ihm
angezeigt würden, die sich an den Börsen, beson-
ders an der Berliner Börse gezeigt hätten, wie
das Lage Verfahren bei der Zulassung von Viefer-
bandsvorsitzende, durch welches es beispielsweise in
diesem Winter möglich gewesen und noch sei,
Hartweizen mit mildem Weizen vermischen als
kontrafaktisch erklärt zu haben.

In den fortwährenden Erörterungen der
Börse über die Vorgänge beim Bearbeiten Forde-
beds stellen sich zwar manche Mängel auf, den,
in Betracht der in solchen Dingen höchst ver-
schiedenen Prognosen der katholischen Kirche al-
ternativistischen Standpunkt, daß sich gegen die
Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses über-
haupt nichts einwenden lasse; aber auch noch man
berathet die Thatsache überhört, daß die Geistes-
liche solche Fälle alle Zeit so entscheidet, wie es
ihre gerade Pacht, wird um so schärfer das Fort-
bleiben des Zentrums und der beiden Vizepräsi-
denten Graf Ballesheim und von Heereman von
der Feier, insbesondere derjenigen im Rathhause,
beruht. Die kirchliche Presse verurtheilt in die-
ser Beziehung allerlei Ausflüchte, z. B. man
habe Versicherungen bekräftigen müssen, welche für
die Zentrumsmitglieder pünktlich sein konnten, und
Prediger Hochsah habe solche auch wirklich ge-
sagt. Wie immerhin! Im Rathhause waren
solche Versicherungen jedenfalls nicht zu befragen, es
find auch keine erfolgt, aber das Zentrum kommt
seinen Vize-Präsidenten glänzte schon dort
durch Abwesenheit. Als Windthorst mit jenen
Uebereinstimmung, die immer zu den größten Ab-
surditäten des „neuen Kurses“ werden geführt wer-
den, bestätigt wurde, konnten seine politischen Geg-
ner ebenfalls in den Anmerkungen Anmerkungen
befragen, die anzuhören ihnen nicht erwünscht sein
mochte, und in der That gab der Fürstbischof
Kopp damals seiner Rede eine, vor der Versamm-
lung in der Herwigstraße feineswegs angemessene
politische Spitze, indem er das Zentrum auf-
forderte, einzig zu bleiben und in Windthorst's Geiste
weiter zu wirken. Es hat sich das Niemand an-
sehen lassen. Aber wer den Ultramontanismus
kennt, hätte sich schon damals fragen können, daß
dieselbe zwar jede Ueberzeugung, die einem der
Seinigen gegolte wird, mit umfassender Bekanntheit
für die ultramontanen Zwecke ausnützte, aber niemals
gegen sie ist, auch nur im bescheidensten Maße
Gegenleistung zu leisten. Als Kuriosum ist
übrigens die Mittheilung der „Köln. Ztg.“ zu
verzeichnen, von dem Oberbürgermeister von
Friedenbach habe die römisch-katholische Paroche,
welche er nach der Konfession rechtlich angehört,
erhebliche Kirchensteuern bis zu seinem Tode ein-
gefordert und bezogen.

In der am heutigen Tage stattgehabten
Sitzung der verschiedenen Körperschaften bezugs
Beziehung des Berliner Kaiserjubiläums für die
Berliner Weltausstellung wurde nach eingehender
Diskussion beschlossen, die Beratung über die
Sagungen der „Freien Vereinigung“ und über
das Formular des Garantiescheines am Donner-
stag, den 16. Juni, fortzusetzen.

Posdam, 1. Juni. (W. T. Z.) Heute
Vormittag 9 Uhr fand im Lustgarten hieselbst
die Frühjahrsparade über die hiesige Garnison
statt. Se. Majestät der Kaiser tritt vom Neuen
Palais nach dem Lustgarten, während Ihre
Majestät die Kaiserin mit der Königin-Regentin
Emma und die Königin Wilhelmine mit der
Herzogin von Göttingen und deren Töchtern in
einem offenen Vierspanner sich zum Paradeplatze
begaben. Von den Feiern des Schlosses sahen
die hier anwesenden Prinzessinnen und die hün-
geren königlichen Prinzen dem militärischen Auf-
zuge. Der Parade wohnten auch Se. königliche
Hoheit der Prinz Heinrich, der Kriegsminister,
die Generalität und viele fremde Offiziere bei.
Se. Majestät der Kaiser tritt zunächst die Front
ab; während des Präsentirens wurde die hollän-
dische Nationalhymne gespielt. Seine königliche
Hoheit und kaiserliche Hoheit der Kronprinz, sowie
die beiden ältesten Söhne Se. königlichen Hoheit
des Prinzen Albrecht standen in der Leibkompanie
des 1. Garde-Regiments, der Thronfolger von
Rumänien im Jäger-Bataillon. Es erfolgte
zweimaliger Vorbeimarsch, während dessen Seine
Majestät der Kaiser das Garde- u. Corps-Regi-
ment vorbeiführte. Im Neuen Palais findet
Parade-Dinner statt.

Posdam, 1. Juni. (W. T. Z.) Wie
hier verlautet, soll gegen Geheimen Kommerzien-
rath Baare und zwei Beamte des Wachener
Bereins wegen Verletzung von Stempel-
schulden Klageantrag gestellt sein.

Kassel, 1. Juni. (W. T. Z.) Die
hiesige Kriegsschule feiert heute das Fest ihres
fünfzigjährigen Bestehens. Nachdem be-
reits gestern Abend zur Vorfeier ein Reiterfest
veranstaltet war, fand heute Vormittag ein fest-
licher Appell statt, bei welchem der Direktor der
Kriegsschule, Major von Kallenborn, eine An-
sprache hielt und das Hoch auf den Kaiser aus-
sprach. Mittags vereinigte ein Festmahl die
Kriegsschüler in den Räumen der Schule, die
Offiziere und deren Gäste im Hotel „König von
Preußen“.

Hamburg, 31. Mai. Die deutsche Gesell-
schaft zur Rettung Schiffbrüchiger hielt heute,
wie schon kurz gemeldet, im „Konzerthaus Ham-

burg“ ihre 26. Jahresversammlung ab. Um
10 Uhr erschien der Ehrenpräsident Prinz Hein-
rich in Marineuniform in Begleitung seines
Adjutanten und begrüßte die sehr zahlreich ver-
sammelten Mitglieder mit einer Ansprache:

„Meine Herren! Meine herzlichsten Grüße
zuvor. Leider war es mir seit mehreren Jahren
nicht vergönnt, in Ihrer Mitte erscheinen zu
können. Es thut mir dies um so mehr leid, als
ich der Gesellschaft mit Leib und Seele angehöre!
Ich erlaube nunmehr Herrn Konrad Meier, in
seiner geschäftsgewandten Weise die Verhand-
lungen führen zu wollen.“

Hierauf begrüßte Senator D'Swobd na-
mens des Senats mit herzlichsten Worten die
Versammlung und wünschte dem ja „nahezu
sechzigjährigen Bestehen des Vereins ein fröhliches
Gedeihen“, indem er hieran den Dank für die
Ehre des Erstseins des Prinzen bekräftigte.
Aus den Verhandlungen theilen wir mit, daß
an Stelle des ausgeschiedenen Vorstands-Mit-
gliedes, Herrn Senator Marcus-Bremen, der
Präsident der hiesigen Handelskammer, Herr
Gruner, einstimmig erwählt wurde. Aus dem
Jahresbericht sei mitgetheilt: Bereiteten wurden im
letzten Jahre 69 gefährdete Personen in 15
Fällen; seit dem Bestehen der Gesellschaft 1961
Personen in 293 Strandungsfällen. An Stationen
bestehen 116, davon 67 an der Ostsee, 49 an der
Nordsee; Bezirksvereine 59 (unverändert), Ver-
tretervereine 271 (gegen 263 im Vorjahre).
Die Gesamteinnahmen betrugen 282,026 Mark
(273,780 Mark), die Ausgaben 190,760 Mark
(196,521 Mark). An Mitgliedern zählte die
Gesellschaft 49,146 (49,885). Die Bilanz er-
giebt einen Ueberschuß von 71,265 Mark und
ein Vermögen von 1,366,367 Mark. Das Ver-
zeichniß der Stiftungsgelder ergibt im letzten
Rechnungsjahre 38,946 Mark. Die wesentlichsten
Anträge des Vorstandes waren, daß Bezirksvereine
nur bei mindestens 100 ordentlichen Mit-
gliedern gebildet werden sollen, und daß für
Rettungen an die Mannschaften, anstatt über
neben Diplomaten und Medaillen auch Gelde-
lohnungen von 20 bis 100 Mark per Kopf der
Retter bewilligt werden sollen. Hamburg über-
trug zu diesem Zwecke einen Fonds von ca.
80,000 Mark mit dem Antrage, daß diese Summe
unter dem Namen „Leitz-Stiftung des Ham-
burger Vereins“ weitergeführt werde. (Bravo!)
Es folgten Anträge der Bezirksvereine auf Be-
willigung von Bauen, Schuppen, Rettungs-
Apparate u. s. Es wurden gefordert 1. für Helg-
land 17,200 Mark, 2. Lübeck, für Travemünde,
1200 Mark, 3. Stralsund für Putgarten 500
Mark, 4. Stettin, für Seemünde Weststrand
8200 Mark, für Heringsdorf (neue Station)
17,100 Mark, Stettin Ost 1200 Mark,
5. Danzig: Keda und Koppeln a 1800 Mark,
6. Dänzig: Keda und Koppeln 1800 Mark. Sämmt-
liche Anträge wurden genehmigt. — Das Genera-
lbudget für 1892—93 wurde auf 1,302,796 M.
festgestellt. — Zu Revisoren wurden wiederum
wählt die Vertreter der Bezirksvereine Berlin,
Hamburg und Königsberg. — Der Vorsitzende
machte noch die Mittheilung, daß der Gesellschaft
„ein nicht unbedeutender Weinberg am Rhein“
von einer älteren Dame testamentarisch zugefallen
sei, durch Vermittelung des Bezirksvereins Wies-
baden. — Als Ort der nächsten Versammlung
wurde Königsberg gewählt. — Prinz Heinrich
wohnte der Sitzung bis zum Schluß bei und
nahm an dem folgenden Frühstück und einer
Fahnenheiligungstheil. Um 6 Uhr Abends
fand das Festessen im Zoologischen Garten statt.
Morgen sind die Delegierten Gäste der Badet-
fahrt-Altenheim-Gesellschaft. Es ist eine Fahrt nach
der Untersee geplant.

Schwerin, 31. Mai. S. I. H. der Erb-
großherzog, welcher an seinem 10. Geburtstag
den Rang eines Unteroffiziers des Grenadier-
Regiments Nr. 89 erhielt, erschien, gestern Mittag
in der Uniform dieses Regiments in Helm und
Daarbusch und in Begleitung seines Gouverneurs,
vor dem Arsenale zur Parade-Ausgabe, wo er dem
dort versammelten Offizier-Korps vorstellte
wurde.

München, 1. Juni. (W. T. Z.) Heute
Vormittag fand die feierliche Eröffnung der 6.
großen internationalen Kunstausstellung durch den
Prinz-Regenten statt. Der Eröffnungsfeier wohnten
sämmliche Prinzen und Prinzessinnen, die
Staatsminister, das diplomatische Korps, die Ge-
neralität, die Spitzen der Zivil- und Militärbe-
hörden, Mitglieder der Universität, der Kunst-
akademie u. s. bei. Der Präsident der Ausstellung,
von Stielcr, begrüßte den Prinz-Regenten mit
einer Ansprache, auf welche dieser kurz erwiderte
und die Ausstellung für eröffnet erklärte. Der
zweite Präsident der Ausstellung, Professor Albert
Schmidt, brachte ein Hoch auf den Prinz-Regenten
aus, in welches die Anwesenden enthusiastisch ein-
stimmten. Sodann folgte ein Rundgang durch
die Ausstellung.

Mel, 1. Juni. (W. T. Z.) Der Statt-
halter Fürst von Hohenzollern ist auf der Reise
nach Kopenhagen in Nordak eingefloßen und da-
selbst von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wor-
den. Die Stadt ist festlich in deutschen Farben
gezieret.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Juni. Der Kaiser wird sich vor
Ende dieser Woche nach Pest begeben, wo am
2. Pfingsttage die Festlichkeiten zur Feier des
25. Jahrestages der Krönung stattfinden werden.

Wien, 1. Juni. (W. T. Z.) Die „Wiener
Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des
Botschafters Grafen Gedenhart zum Ritter des
Ordens vom goldenen Vlies.

Dasselbe Blatt veröffentlicht eine Bekannt-
machung des Ministers des Innern, wonach die
im Punkt fünf des Viehsteuerverordnungs vom
1. März 1891 festgestellten engeren Sperrgebiete
angegeben werden.

Der Professor der Psychiatrie, Meinert, ist
gestorben.

Wien, 1. Juni. (W. T. Z.) Der Führer
der Deputation siebenbürgischer Rumänen, Ratin,
überreichte heute Mittag dem Chef der kaiserlichen
Kabinetskanzlei, Frhr. von Braun, ein in deut-
scher, ungarischer und rumänischer Sprache abge-
faßtes Memorandum, die Beschwerden der Ru-
mänen enthaltend.

Wien, 1. Juni. (W. T. Z.) Die „Po-
litische Korrespondenz“ ist von zuktändiger Stelle
zu der Erklärung ermächtigt, daß die Wälder-
meldungen, die Unwesenheit des Finanzministers
Rathschewitsch in Wien stehe mit dem Abflusse

einer neuen bulgarischen Anleihe in Verbindung
vollständig unbegründet seien.

Ag, 1. Juni. (W. T. Z.) Nach weite-
ren authentischen Berichten über den Gruben-
brand im Mariaschichte des Silberbergwerks
Birkenberg wurden im Laufe der Nächte 7
Arzte requirirt. Bis 4 Uhr Morgens gelang
es, 12 Arbeiter todt und 20 lebend ans Tages-
licht zu fördern, wonach die Arbeiten eingestellt
werden mußten, weil die Rettungsmannschaft
durch Gasentwicklung getödtet wurde. Um 10
Uhr Vormittags wurde die Rettungsarbeit wie-
der aufgenommen. Der Brand scheint jetzt völlig
erloschen zu sein: die Entsehungssache ist noch
nicht bekannt. Sachverständige urtheilen, daß
eine Entzündung des Holzgefäßes durch eine
Petroleumlampe zur Zeit des Arbeitswechsels
stattgefunden hat. Die Zahl der Vermissten läßt
sich noch nicht feststellen.

Schweiz.

Bern, 1. Juni. Nach einem Bericht des
schweizerischen Bundesraths an die Bundesver-
sammlung war das schweizerische Rhonethal zu
allen Zeiten eine der gefährlichsten Bewegungs-
linien großer Heere, welche aus dem Westen und
Nordwesten Europas nach Italien und umgekehrt
zogen. In der hohen militärischen Bedeutung,
welche dieser Landestheil als Durchzugsgebiet bei
allgemeinen kriegerischen Verwicklungen haben
kann, wurde von jeher eine Gefahr für die
Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz er-
blickt. Diese Gefahr einerseits und die Be-
deutung, welche der Sperrung des Rhonethal-
bundes überhaupt für die Vertheidigung der West-
grenze innewohnt, haben die Eidgenossenschaft
schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts
bestimmt, eine für die damalige Zeit bedeutende
Summe aufzuwenden, um sich durch Befestigungs-
anlagen bei St. Maurice in den Stand zu setzen,
das dortige Thalgebiet der Rhone mit verhältniß-
mäßig wenig Truppen fest in der Hand zu halten.
Diese Anlagen entsprachen aber den heutigen An-
forderungen, welche die Tragweite und Wirkung
der Geschütze an Befestigungen stellen, in keiner
Weise mehr, falls sie nicht eine wesentliche Er-
gänzung durch Neuanlagen erfahren. Dauf der
natürlichen Festigkeit der gewöhnlichen Aufstellungs-
punkte einerseits und in Folge der neuesten
Erfindungen in Geschützkonstruktionen anderer-
seits wird es möglich sein, die in Aussicht ge-
nommenen Bauten in bescheidenem Rahmen
zu halten und in kurzer Zeit, d. h. innerhalb
eines Jahres, herzustellen. Die Hälfte des er-
forderlichen Credits — der Bundesrath fordert
einen einmaligen Kredit von zwei Mill. Franken
— soll auf die Beschaffung von Geschützen und
deren Munitionsausrüstung, das heißt für solche
Streitmittel verwendet werden welche unter Um-
ständen nicht an den Ort gebunden sind, sondern
im gegebenen Falle auch anderwärts für die
Landesvertheidigung verwendet werden könnten,
während die andere Hälfte für die notwendigen
Bauten erforderlich ist. Die Bundesversammlung
wird den Kredit ohne Zweifel bewilligen. Nachdem
der Gotthard abgelehrt ist, liegt ja nach Ansicht der Militärs die Gefahr nahe, daß
die Italiener eventuell durch das Rhonethal ein-
dringen könnten, um die Verbindung mit der
deutschen Armee zu gewinnen.

Bern, 1. Juni. Die Antwort der franzö-
sischen Regierung auf die schweizerischen Forde-
rungen bezüglich der Handelsbeziehungen sind ab-
solut unbefriedigend, die Unterhandlungen dauern
fort. Wenn Frankreich nicht weitere Konzessionen
gewährt, wird die Bundesversammlung entschei-
den, ob die Schweiz gegen Frankreich den Zoll-
krieg beginnen oder weiterhin sich mit dem
Status quo — Frankreich wendet gegen die
Schweiz den Minimaltarif an, die Schweiz ge-
währt Frankreich die Meistbegünstigung — zu-
frieden geben soll.

Belgien.

Der in Gent seit 1852 bestehende liberal-
vlämische Studentenverein hat, wie der „Köln.
Ztg.“ geschrieben wird, eine bemerkenswerthe
Rundgebung gegen die Theilnahme der belgischen
Studenten an den Pariser Festlichkeiten unter-
nommen, indem er folgenden Aufruf aus Schwärze
Brett befestigte: „Kameraden! Die Studenten
der Universität Nancy haben einen Aufruf an
Sie erlassen, den von ihnen veranstalteten Fest-
lichkeiten am 5., 6., 7. und 8. Juni beizuwohnen.
Sämmtliche Studenten Europas sind zu
dieser Feierlichkeit eingeladen, mit alleiniger Aus-
nahme der belgischen. Ferner haben die Pariser
Studenten durch die Presse bekannt gemacht, daß
sie bei diesen Festlichkeiten die Anwesenheit hoch-
geachteter Persönlichkeiten begehren würden, eine
Rundgebung wegen der ekkassig-lehrigen Fragen
zu veranstalten. Der Verein 'Zal wel
gaan hat in seiner Versammlung vom 20. Mai
einstimmig beschlossen, wegen der Ausschließung
der belgischen Studenten Verwahrung einzulegen,
weil solches die Solidarität, die sämtliche Stu-
denten verbinden soll, beeinträchtigt. 'Zal wel
gaan ist auch der Ansicht, daß es für belgi-
schen Studenten unmöglich ist, sich an dieser
Rundgebung zu betheiligen, die nach dem eigenen
Gefühl der Veranlassung eine deutschfeindliche
Strebung haben wird, und hofft, daß all an-
dere Vereine sich mit ihm vereinigen wer-
den, um gegen das Verfahren der Kameraden
von Nancy einstimmig Verwahrung ein-
zulegen. Der Vorstand.“ Diese Rundgebung
hat unter den Studenten eine ziemlich starke Er-
regung hervorgerufen. Der Verein 'Zal wel
gaan („Es wird schon gehen“), eine Gründung
Julius Vuytles, verdient die Achtung aller,
denen das geistige Leben eines Volkes etwas ist.
Er veröffentlicht alljährlich einen Almanach mit
den literarischen Berichten seiner Mitglieder, aus
deren Reihen schon manche in ganz Belgien mit
Anerkennung gekannte Gelehrte hervorgegangen
sind.

Die vlämischen Turnvereine erwägen bereits
den Austritt aus dem belgischen Turnverband
wegen des Falles Nancy.

Frankreich.

Paris, 30. Mai. Die „Mutige Matinee“
von 1871 wurde an der „Mauer der Freiheit“
auf dem Pere Lachaise von so zahlreichen Scharen
gefeiert, wie noch niemals, bezeugten Augen-
zeugen. Etwa 15000 Personen, d. h. alle Sozia-
listen und Revolutionäre von Paris mit Aus-
nahme der schmächtlichen Drouffisten und Bou-
langisten, die schon am letzten Sonntag ihre

[illegible][illegible][illegible]

do. do. 4%	101,80 1/2	do. (r. 120)	5 1/2%	—
do. do. conv. 4%	101,80 5/8	do. do. 6 1/2 (r. 110) 5%	—	—
Gamb. Vyd. 3 1/2%	—	do. do. 8 1/2 (r. 100)	4%	102 0/8
(r. 100)	—	do. do. (r. 100) 3 1/2%	—	98 5/8
do. do. 4 1/2%	99,70 5/8	do. do. 8 1/2 (r. 100)	4%	—
Vomm.-Vyd. 5%	—	do. do. 8 1/2%	—	—
(r. 100)	—	do. do. 4 1/2%	—	—
Vomm. S. n. 4%	101,80 5/8	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
(r. 100)	—	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
Vomm. S. n. 4%	101,80 5/8	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
(r. 100)	—	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
Yd. S. Antind. 5%	113,75	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
(r. 110)	—	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
do. Ser. S. 5. 4%	—	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—
(r. 100)	—	do. do. 4 1/2%	104,90 1/2	—

Banq. d. 1891.		Banq. d. 1891	
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	65,50 1/2	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	118,50
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	135,10 1/2	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	156 0/8
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	145 5/8	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	148 1/2
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	115 5/8	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	121 6/8
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	94 5/8	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	111 5/8
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	106 5/8	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	154 0/8
Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	165 7/8	Wl. Ser. Vyd. 3 1/2%	149,00 1/2

Bergwerk- und Hütten-Gesellschaften.	
--------------------------------------	--

Berglitz Berg. A.	12	125 75	göpper Berg.	19	190 00
Wohlm. Berg. A.	6	125 00	do. St.-Bgr.	19	44 00
do. Berglitz.	13	125 00	do. Hage	10	86 50
Berglitz	13	151 00	Reh. u. Laubach	10	118 10
Berglitz Berg.	10	3 50	Reich. Liebau	10	84 40
Dörmers arch.	6	84 00	Wald. Weßl.	10	141 50
Vörmers arch.	6	65 00	Oberlitzsch	10	61 70
Göhlitzsch arch.	12	14 00	Stolzen-Litzsch	8 1/2	114 25
Barf. Berg.	19	125 25	do. des St.-Bgr.		
Gibertia	0				

Walter Drauer	0	00 00	Danz. Schmiede	10	97 00
Wernsd.	14	00 00	Reßner arch.	10	42 00
Berglitz	6	61 00	Reich. von. Trull	4	126 63
Wernsd.	6	80 50	St. H. d. d. Litzsch	10	553 01
Wernsd.	8	144 00	Köve u. G.	10	107 75
Wernsd.	4	125 25	Wag. d. d. Litzsch	10	128 50
Kriol.	0	00 25	Wag. (conv.)	10	156 25
Wernsd. Jüdel.	6	78 00	do. (Litzsch)	10	142 50
Heinrichsdorf	7	93 00	Gemeinschaft	10	187 00
Kriol.	7	93 00	Reich. von. Trull	10	78 75
Wernsd. Jüdel.	19	210 00	Gemeinschaft	10	73 75
St.-Bgr.	19	186 50	Wernsd. Jüdel.	10	118 00
St.-Bgr.	19	125 00	Wernsd. Jüdel.	10	118 00
St.-Bgr.	19	125 00	Wernsd. Jüdel.	10	118 00

[illegible]

do. 2 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	21%	30 88 6
do. 3 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	21%	30 84 6
do. 4 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	21%	31 00 0
Wien 8 Tage.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	8%	80 85 0
do. 3 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	8%	81 00 0
Wien Erfurt-W. 8 Tage.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	41%	170 65 0
do. 3 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	41%	171 00 0
do. 2 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	61%	80 90 6
Schwet. Wlke 10 Tage.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	51%	78 86 0
do. 3 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	51%	79 00 0
Petersburg 3 Wochen.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6%	313 25 0
do. 3 Minat.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6%	313 25 0
Warschau	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6%	313 25 0

Gold- und Wappergeld.	
Ducaten per Stck	570 5
Seceusins	—
do. 3 Stck per Stck	16 21 6
Doll.	—
Engl. Banknoten	20 40 6
Franken Banknoten	81 20 6
Österr. Banknoten	171 09 6
Rus. Rotey	21 65 6

